

gemäß § 2 Abs. 1 BauGB vom 23.09.2004 (BGBL.I.S.2414),

in der zur Zeit gültigen Fassung, den Änderungsbeschluss

für "Gewerbegebiet 5. Änderung" des Bebauungsplanes

BauGB vom 23.09.2004 (BGBL.I.S.2414), in der zur Zeit

gültigen Fassung, hat am 11.10.2012 stattgefunden.

Dieser Bebaungsplanentwurf und die Begründung

haben gemäß § 3 Abs.2 BauGB vom 23.09.2004 (BGBL.I.S. 2414), in der zur Zeit gültigen Fassung, auf Dauer eines

Monats in der Zeit vom 02.07.2012 bis einschließlich

02.08.2012 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen

Der Ortsgemeinderat Elkenroth hat am 10.10.2012 gemäß

zur Zeit gültigen Fassung vom, diesen Bebauungsplan als

Der Beschluss des Bebauungsplanes gemäß § 10 Abs.1

BauGB vom 23.09.2004 (BGBL.I.S.2414), in der zur

öffentlich bekannt gemacht. Benisti sung der

Die Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs.1 BauGB vom

Der Ortsgemeinderat Elkenroth hat am 23.05.2012

und seine öffentliche Auslegung beschlossen.

Zeit gültigen Fassung, hat der Ortsgemeinderat

Diese Bebauungsplanurkunde wurde am 17.10.2012

Elkenroth am 10.10.2012 beschlossen.

578 Elkenroth, den 17.10.2012

7578 Elkenroth, den 17.10.2012

hiermit beglaubigt.

Die Übereinstimmung dieser Planurkunde mit dem

beschlossenen und bekanntgemachten Original wird

hat in der Zeit vom 16.01.2012 bis einschließlich

30.01.2012 stattgefunden.

57578 Elkenroth, den 29.10.2012 Ortsgerheinde/Elkenroth

Be Roya + maching am 09. M. 20 p.z.

Zeit gültigen Fassung, wurde am 26.10.2012

Satzung beschlossen.

57578 Elkenroth, den 17,10.2012

§ 10 Abs.1 BauGB vom 23.09.2004 (BGBL.I.S.2414), in der

Der Ortsbürgermeister

Der Ortsbürgermeister

Der Ortsbürgermeister

Der Ortsbürgermeister

Der Ortsbürgermeister

Der Ortsbürgermeister

der Ortsgemeinde Elkenroth gefasst.

7578 Elkenroth, den 17.10.2012



5. Änderung (förmliche Änderung)

Bebauungsplan für das Teilgebiet "GEWERBEGEBIET" der Ortsgemeinde Elkenroth, Kreis Altenkirchen

Aufgrund des § 9 Baugesetzbuch (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), in der zur Zeit geltenden Fassung i.V.m. der Baunutzungsverordnung (BauNVO) vom 23.01.1990 (BGBI. I S. 133) und des § 88 der Landesbauordnung von Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 24.11.1998 (GVBI. S. 365); -BauNVO und LBauC

TEXTFESTSETZUNGEN

in der zur Zeit geltenden Fassung- werden folgende Festsetzungen getroffen.

A) Planungsrechtliche Festsetzungen zum Bebauungsplan gemäß § 9 BauGB i.V.m. BauNVO

. Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1, Ziffer 1 BauGB) 1.1. Art der baulichen Nutzung gem. §§ 1-11 BauNVO

Das Bebauungsplangebiet "Gewerbegebiet" wird innerhalb der Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches dieses Bebauungsplanes entsprechend der zeichnerischen

Darstellung in der Planurkunde als Gewerbegebiet (GE) gemäß § 8 BauNVO bzw. als Industriegebiet (GI) gemäß § 9 BauNVO ausgewiesen.

1.1.1 Gewerbegebiet GE (§8 BauNVO)) Gewerbegebiete dienen vorwiegend der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben.

1. Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe, 2. Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude, 3. Tankstellen,

Anlagen für sportliche Zwecke. (3) Ausnahmsweise können zugelassen werden

1. Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind, 2. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke

Vergnügungsstätte	en			
3augebiet	GRZ	GFZ	Anzahl	Geschoss
			 T	

1.1.2 Industriegebiet GI (§9 BauNVO)

(1) Industriegebiete dienen ausschließlich der Unterbringung von Gewerbebetrieben, und zwar vorwiegend solcher Betriebe, die in anderen Baugebieten unzulässig sind. . Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe

(3) Ausnahmsweise können zugelassen werden 1. Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind, 2. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke

Der immissionswirksame flächenbezogene Schallleistungspegel (IFSP) im Industriegebiet (GI) wird folgendermaßen festgelegt. Zulässig sind im Industriegebiet (GI) Vorhaben (Betriebe und Anlagen) deren Geräusche, die in der folgende Tabelle angegebenen Emissionskontingente Lek nach DIN 45 691 weder tags (06.00 bis 22.00 Uhr) noch nachts (22.00 bis 06.00 Uhr) über-

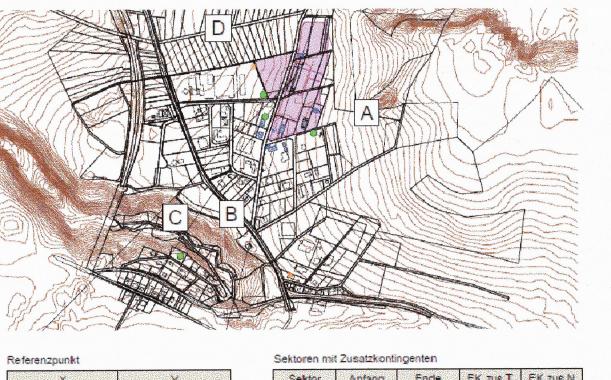
Baugebiet	GRZ	GFZ	Anzahl Ge- schoss	L _{EK} , tags	L _{EK,nachts}
GI1	0,6	1,5		79	50
GI2	0,6	1,5	11	77	50
GI3	0,6	1,5	11	74	50
GI4	0,6	1,5	11	63	50
GI5	0,6	1,5	11	63	50
GI6	0,6	1,5	11	63	50
GI7	0,6	1,5	11	63	50
GI8	0,6	1,5	11	63	50
GI9	0,6	1,5	II	60	50

Je nach Lage der Immissionspunkte können folgende richtungsabhängige Zusatzkontingente berücksichtigt werden:

	Tabelle 2		
Sektor	Zusatzkontingent L _{EK, zus} in dB(A) tags		
A	1		
A B	2		
C	11000 11,		
D	O in the factor of the second		

Das zulässige Gesamtemissionskontingent eines Betriebes, der sich im Plangebiet ansiedeln möchte, ergibt sich gemäß DIN 45 691 aus den für diese Flächen festgesetzten zulässigen Emissionskontingenten Lek gemäß Tabelle 1 und ggf. Zusatzkontingenten gemäß Tabelle 2 sowie der jeweiligen Grundstücksgröße

Für in den im Plan dargestellten Richtungssektoren A bis D liegenden Immissionsorte darf in den Gleichungen (6) und (7) der DIN45691 das Emissionskontigent L(EK) der einzelnen Teilflächen durch L(EK) + L(EK,zus) ersetzt werden.



Sektor Antang Ende EK,zus,T EK,zus,N 3421250,00 5622950,00 195,0 215,0 215,0 225,0 225,0 20,0

Abb.: Anhang 7.4 von Gutachten Pies "Schallschutztechnische Untersuchung im Zusammenhang mit der Änderung des Bebauungsplan "Gewerkegebiet" in Elkenroth, vom 18.08.2011

1.2. Maß der baulichen Nutzung gem. §§ 16, 17, 19 und 20 BauNVO

Die Zahl der Vollgeschosse (§ 16 Abs. 2, Ziffer 3 i.V.m. § 20 BauNVO) darf höchstens "2" betragen.

1.2.2 Grundflächenzahl

Die Grundflächenzahl (GRZ) (§ 16 Abs. 2, Ziffer 1 i.V.m. § 17 Abs. 1 und § 19 BauNVO) darf "0,6" nicht überschreiten.

1.2.3 Geschossflächenzahl Die Geschossflächenzahl (GFZ) (§ 16 Abs. 2, Ziffer 2 i.V.m. § 17 Abs. 1 und § 20 BauNVO) darf "1,5" nicht überschreiten.

2. Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9

Abs. 1, Ziffer 2 BauGB)

2.1 Bauweise (§ 22 BauNVO) Es werden keine Festsetzungen getroffen.

2.2. Überbaubare Grundstücksflächen / Baugrenzen (§ 23 Abs. 3 BauNVO) Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringem Ausmaß wird, soweit nicht Bestimmungen nach der LBauO entgegenstehen, bis max. 1,00 m zugelassen.

Stellplätze, Garagen (§ 9 Abs. 1, Ziffer 4 BauGB i.V.m. § 12 Abs. 6 und § 19

3.1 § 12 Abs. 6 BauNVO

Garagen dürfen nur innerhalb der überbaubaren Flächen errichtet bzw. erstellt wer-

3.2 § 19 Abs. 4 BauNVO Auf die zulässige Grundfläche werden die Grundflächen von Nebenanlagen im Sinne § 14 BauNVO nicht angerechnet.

. Flächen, die von der Bebauung frei zuhalten sind (§ 9 Abs. 1, Ziffer 10 Sichtflächen als Teile der nicht überbaubaren Fläche sind aus Gründen der Verkehrssicherung von allen Sichtbehinderungen frei zuhalten.

Flächen für Versorgungsanlagen, für Abfallentsorgung und Abwasserbeseitung sowie Ablagerungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB) Die angegebenen Flächen für Versorgungsstationen sind in der Planurkunde dargestellt und sind verbindlich.

6. Grünordnerische (naturschutzrechtliche) Festsetzungen

6.1 Maßnahmen zur Vermeidung von Eingriffen

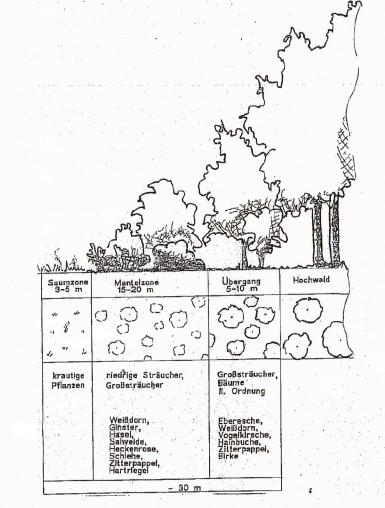
Der Oberboden ist zu Beginn aller Erdarbeiten entsprechend DIN 18915, Blatt 2, abzuschieben und fachgerecht bis zum Wiedereinbau zu lagern.

Der Wurzelbereich der Bäume ist auf einer Fläche von mind. 2,5 x 2,5 m vor jeder Versiegelung freizuhalten und ggf. durch Baumscheibenroste zu sichern. Der Stammbereich ist bei Gefährdung durch wirksame Maßnahmen zu schüt-

Die Böschungsneigung ist den natürlichen Geländeverhältnissen anzupassen. Max. darf die Böschungsneigung nicht größer als 1: 1,5 sein. Böschungen mit einer Höhe von 3 m sind durch die Anlage von Bermen zu unterteilen. Zur Verbesserung der Standsicherheit und zum Schutz vor Erosion sind zur Böschungssicherung Steingabionen und Trockenmauern zulässig.

6.2 Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1, Ziffer 20 BauGB)

A) Umwandlung des bestehenden Waldrandes in einen standortgemäßen, stufig ausgebildeten Waldmantel mit Saum-, Mantel- und Übergangszone zum Hochwald und buchtig ausgeformter Grenzlinie zwischen Gehölzrand und



Totholze in Form von morschen Ästen, Rindenteilen, Stubben und Reisighaufen sind im Bestand zu lassen. Steinhaufen, aus anstehendem Tonschiefer oder Basaltbruch, sind in der Mantelzone zwischen Krautsaum und Gehölzrand vorzusehen. Pro 100 lfdm sollte mindestens ein Steinhaufen aus locker geschichteten Steinen in der Größe von 1 x 2,5 x 0,75 m angelegt werden. Bodenanrisse durch umgestürzte Bäume sind zu belassen.

Die Bildung kleiner Tümpel und periodisch wasserführende Senken durch leichte Reliefierung im Bereich der Kraut- und Strauchzone begünstigt die Standortvielfalt. Im Abstand von 200 lfdm ist eine Bodensenke von max. 3 x 5 x 0,5 m anzulegen. Der Erdaushub ist seitlich zu verteilen. Der Krautsaum ist im Abstand von 3 – 5 Jahren abschnittsweise zu mähen (max. 1/3 der vorhandenen Länge). Das Mähgut muss abgefahren werden.

Umwandlung des bestehenden Fichtenwaldes in einen standortgemäßen Waldrand mit Saum-, Mantel- und Übergangszone. Ausbildung einer buchtig ausgeformten Grenzlinie zwischen Gehölzrand und Krautsaum. Totholz in Form von morschen Ästen, Rindenteilen, Stubben und Reisighaufen sind im Bestand zu lassen. Steinhaufen, aus anstehendem Tonschiefer oder Basaltbruch, sind in der

Mantelzone zwischen Krautsaum und Gehölzrand vorzusehen. Pro 100 lfdm sollte mindestens eine Steinhaufen aus locker geschichteten Steinen in der Größe von 1 x 2,5 x 0,75 m angelegt werden. Bodenanrisse durch umgestürzte Bäume sind zu belassen. Die Bildung kleiner Tümpel und periodisch wasserführende Senken durch leichte Relifierung im Bereich der Kraut- und Strauchzone begünstigt die Standortvielfalt. Im Abstand von 200 lfdm ist eine Bodensenke von max. 3 x 5 x 0,5 m anzulegen. Der Erdaushub ist seitlich zu verteilen. Der Krautsaum ist

im Abstand von 3 – 5 Jahren abschnittsweise zu mähen (max. 1/3 der vorhan-

denen Länge). Das Mähgut muss abgefahren werden. Natürliche Entwicklung des Vorflutgrabens Der Bestand an Laubgehölzen (Erlen, Eschen, Weiden) ist zu erhalten, die

Nadelgehölze sind zu entfernen. Beidseits des Grabens ist ein mind. 3 m breiter Uferbereich der natürlichen Sukzession zu überlassen. Vorhandene Gehölze können in einem Alter von 25 - 30 Jahren "Auf Stock" gesetzt werden. Totholz in Form von morschen Ästen, Rindenteilen, Stubben und Reisighaufen sind im Bestand zu lassen. Steinhaufen, aus anstehendem Tonschiefer oder Basaltbruch, sind in der Mantelzone zwischen Krautsaum und Gehölzrand vorzusehen.

Pro 100 lfdm sollte mindestens eine Steinhaufen aus locker geschichteten Steinen in der Größe von 1 x 2,5 x 0,75 m angelegt werden. Bodenanrisse durch umgestürzte Bäume sind zu belassen. Die Bildung kleiner Tümpel und periodisch wasserführende Senken durch leichte Reliefierung im Bereich der Kraut- und Strauchzone begünstigt die Standortvielfalt. Im Abstand von 200 lfdm ist eine Bodensenke von max. 3 x 5 x 0,5 m anzulegen. Der Erdaushub ist seitlich zu verteilen. Der Krautsaum ist im Abstand von 3 – 5 Jahren abschnittsweise zu mähen (max. 1/3 der vorhan-

D) Der durch die Aufhebung der Pflanzbindungsflächen (Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für den Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen) zwischen den Flurstücken 36 und 21/4 bzw. 20 entstehende Kompensationsbedarf wird durch die Anlegung eines gestuften Waldrandes auf dem Grundstück Gemarkung Elkenroth, Flur 15, Parzelle 252 gedeckt. Entwicklungsziel ist die Entwicklung von Wäldern mittlerer Standorte. Die Maßnahme wird aus der Gesamtfläche des o.b. Grundstücks aus dem Ökokonto von 1.800 qm mit einer für die 5. Änderung benötigten Fläche von 522 gm ausgebucht.

denen Länge). Das Mähgut muss abgefahren werden.

6.3 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen

Bepflanzungen ((§ 9 Abs. 1, Ziffer 25 a) BauGB) 6.3.1 Pflanzgebot für Einzelbäume, Baumgruppen, Baumreihen Auf den im Plan vorgesehenen Standorten sind Bäume 1. Ordnung zu

Abweichungen vom vorgesehenen Standort von + 2 m sind zulässig.

wählen, dass die Baumkronen die Stellfläche beschatten.

Pflanzqualität: 3 x.v., StU 18-20 cm

Mindestpflanzgrößen für Bäume

Hochstämme: 3 x.v., StU 16-18 cm

Bergahorn, Esche, Stieleiche, Winterlinde

den Parzellen 42/14 und 42/13 anzulegen.

Verbandsgemeindewerken abzustimmen.

Pflanzabstand: 1 x 1 m.

Heister zu pflanzen.

caprea), Holunder (Sambucus nigra). Pflanzqualität: 2 x.v., 80 – 120 cm h.

der Planzeichenverordnung (PlanzV) festgelegt.

nutz- und ziergärtnerisch anzulegen.

MITTELSTRASSE 2

57578 ELKENROTH

web: www.architekt-alhaeuser.de

PLANBEZEICHNUNG:

DER PLANER:

 $H/B = 800 / 1100 (0.88m^2)$

Pflanzqualität: Heister 2 x. v., H. 150 – 200 cm.

§ 9 Abs. 7 BauGB: Räumlicher Geltungsbereich

Gehölzanteile:

(Hochstämme) 3 x.v., StU 16-18 cm anzupflanzen.

Stellflächen sind mit Bäumen zu überstellen, auf je 5 Stellplätzen ist ein groß-

kroniger Laubbaum aus der beigefügten Artenliste zu pflanzen. Die Größe der

6.3.2 Zwischen den Grundstücksparzellen 42/10 und 42/14 bzw. 42/13 ist ein Pflanzstreifen anzulegen. ((§ 9 Abs. 1, Ziffer 25 a) BauGB)

Baumscheibe muss mindestens 5 m² betragen. Die Baumstandorte sind so zu

Der Grünstreifen (Pflanzstreifen) ist entlang der Grundstücksgrenzen in einer

Breite von 4.00 m auf der Parzelle 42/10 und in einer Breite von 3,00 m auf

Der Grünstreifen (Pflanzstreifen) ist als Gehölzstreifen aus standortgemäßen

Laubgehölzen in einer Gesamtbreite von 7,00 m - wie oben beschrieben -

Die Bepflanzung ist vor Anlegung durch ein Fachunternehmen mit den

Im Pflanzstreifen wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der

Verbandsgemeindewerke Gebhardshain in einer Breite von 3,00 m

PFLANZSCHEMA FÜR DIE ANLAGE MEHRREIHIGER GEHÖLZPFLANZUNGEN

Die Breite des Pfilanzschemas wird durch Wagnahme der inneren Pflanzreihe

variiert. Die äßeren Reihen bleisen unverändert. Pflanzqualität: Strauch (60 ~ 80 cm), Heister 80 ~ 100) 2 x.v.

6.4 Flächen mit Bindung für Pflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchem und sonstigen Bepflanzungen ((§ 9 Abs. 1, Ziffer 25 b)

mind. 3-reihige Gehölzstreifen anzulegen und dauerhaft zu unterhalten.

Soweit im Plan nicht anders dargestellt, sind entlang der Grundstücksgrenze

Hartriegel (Cornus sanguinea), Schneeball (Viburnum opulus), Heckenrose

Pflanzung in Gruppen zu 3, 5 oder 7 Stück. Dazwischen sind pro lfdm 1 St.

Sorbus aucuparia), Bergahorn (Acer pseudoplatanus), Hainbuche (Carpinus

Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches sind entsprechend der Signatur in

Bauordnungsrechtliche Festsetzungen zum Bebauungsplan gem. § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 88 LBauO

§ 88 Abs. † Ziff. 3: Festsetzungen über die Gestaltung der nicht überbaubaren

Nicht überbaubare Grundstücksflächen sind, sofern nicht ausdrücklich etwas ande-

res festgesetzt ist und soweit sie zu Zwecken der jeweiligen Nutzung nicht als be-

gehbare oder befahrbare Flächen befestigt werden, mit Rasen einzusäen und/oder

PAUL. P. ALHÄUSEF

BÜRO FÜR ARCHITEKTUR UND

STÄDTEBAU

BEBAUUNGSPLAN ORTSGEMEINDE ELKENROTH

5. ÄNDERUNG

"GEWERBEGEBIET ELKENROTH"

<u>Bäume:</u>
Feldahorn (Acer campestre), Vogelkirsche (Prunus avium), Eberesche

(Rosa canina), Schlehe (Prunus spinosa), Hasel (Corylus avellana), Weißdorn (Crataegus monogyna), Heckenkirsche (Lonicera xylosteum), Salweide (Salix

Botanische Bezeichnung

Die Bepflanzung erfolgt entsprechend dem nachfolgenden Pflanzschema.

Zusätzlich sind auf den angrenzenden Grundstücksparzellen 4 Bäume

TELEFON: 02747 / 930250

TELEFAX: 02747 / 930251

e-mail: info@architekt-alhaeuser.de

GEZEICHNET: PH. ALHÄUSER

DATUM: 06.01.2012

GEÄNDERT: HIMMRICH

DATUM: 25.06.2012

MASSSTAB: 1:1000